

Hans-Jürgen Bieling

(Institute of Political Science, Philipps-Universität Marburg)

"The New European Economy and Social Welfare Reform"

0. Einleitung

In der Europäischen Union gibt es jeweils sehr spezifische nationale Modelle der wohlfahrtsstaatlichen Reproduktion. Idealtypisch lassen sich vier Modelle unterscheiden: ein sozialdemokratisches in den skandinavischen Ländern, ein liberales im angelsächsischen Raum, ein korporatistisch-konservatives in Kontinentaleuropa und ein post-autoritäres Modell im mediterranen Gebiet. Für die Ausprägung der wohlfahrtsstaatlichen Strukturen war historisch nicht nur die Produktivität und Leistungsfähigkeit der nationalen Wirtschaftsräume von Bedeutung, sondern auch die gesellschaftlichen Machtverhältnisse sowie die politischen Bündnisse und Kooperationsmuster zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräften (vgl. Esping-Anderson 1990).

Nach einer Phase der Expansion wohlfahrtsstaatlicher Leistungen, sind die nationalen Regulierungsmodelle in den 70er und 80er Jahren jedoch überall in Westeuropa in die Krise geraten. Vor dem Hintergrund ökonomischer Krisenprozesse, der Finanzkrise der öffentlichen Haushalte, demographischen Faktoren etc. sind die nationalen Regierungen seit geraumer Zeit bestrebt, die Funktionsweise der Arbeitsmärkte und die sozialpolitischen Leistungen zu reorganisieren (vgl. Bieling/Deppe 1997). In diesem Sinne lässt sich – ganz trivial – zunächst feststellen:

- Erstens bildet die Reform der wohlfahrtsstaatlichen Strukturen – der Arbeitsmarktregime und sozialpolitischen Regime – ein übergreifendes europäisches, partiell sogar globales Phänomen;
- Zweitens gibt es in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union die gleichen, zumindest sehr ähnliche Krisenphänomene und Problemlagen (Wachstumsschwäche, Arbeitslosigkeit, die demographische Entwicklung oder die Überlastung der Sozialsysteme), auf die der Reformprozess reagiert;
- Drittens hat sich neben unzähligen nationalen Besonderheiten (spezifischen Detailproblemen, besonderen finanziellen und institutionellen Arrangements oder sozialpolitischen Tabus) zuletzt eine übergreifende strategische Grundorientierung herauskristallisiert, die die nationalen Reformprozesse anleitet.

Diese Grundorientierung besteht vor allem darin, zum einen über die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, zum anderen aber auch über die Privatisierung und Deregulierung der sozialen Sicherungssysteme (d.h. die Absenkung der Leistungen und die Begrenzung der Anspruchsberechtigten) die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Ökonomie zu erhöhen. Das hier entfaltete Argument lautet nun, dass diese spezifische – weitgehend neoliberale – Modernisierungskonzeption der Funktionsweise der neuen europäischen Ökonomie gleichsam eingeschrieben ist, zumindest sehr eng mit ihr korrespondiert. Wie dies zu verstehen ist, soll nachfolgend in drei Schritten knapp skizziert werden. In einem ersten Schritt wird dargelegt, was unter der neuen europäischen Ökonomie im Kern zu verstehen ist. Danach wird zweitens erörtert, über welche Mechanismen sich die Funktionsweise der neuen europäischen Ökonomie mit der Reform der sozialen Sicherungssysteme verknüpft. Zum Abschluss wird drittens dann noch knapp darauf eingegangen, welche politischen Optionen sich hieraus für linke Organisationen und Bewegungen bieten.

1. Die neue europäische Ökonomie

Auf einer sehr allgemeinen Ebene lässt sich die europäische Integration – bei allen Veränderungen im Zeitablauf – mit Albert Stutz (1989: 16) „als relative Lösung des Widerspruchs zwischen der Internationalisierung der Kapitalverwertung (Handel, Investitionen, Finanzbeziehungen) und der Enge nationaler Märkte und der Schranken des Nationalstaats begreifen.“ Die Errichtung des gemeinsamen Marktes und die partielle Vergemeinschaftung von Staatsfunktionen – z.B. im Bereich der Handels-, Wettbewerbs- und Geldpolitik – zielt vor allem darauf, die unterschiedliche Reichweite des ökonomischen und des politischen Funktionsraumes zu überbrücken. Diese Überbrückung ist in den verschiedenen Phasen des Integrationsprozesses jedoch ganz unterschiedlich geregelt worden:

(1) Die alte europäische Ökonomie fügte sich ein in das globale weltwirtschaftliche Arrangement der Nachkriegsjahrzehnte. Sie war bestimmt durch das Bretton Woods System den Marshall Plan, die Organization for European Economic Cooperation (OEEC), die Europäische Zahlungsunion (EZU) und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und den durch diese Institutionen geförderte, zugleich aber auch politisch kontrollierte Öffnung der nationalen Wirtschaftsräume. Das hierdurch ermöglichte Zusammenspiel von Strategien der internationalen Handelsliberalisierung mit Strategien einer keynesianischen Wirtschafts-, Sozial- und Beschäftigungspolitik ist vielfach untersucht und mitunter sehr eindrucksvoll charakterisiert worden. Dies gilt etwa für die von John Gerard Ruggie (1982) geprägte Formel

des „embedded liberalism“, die darauf aufmerksam macht, dass die politische Regulierung der Weltökonomie in den Nachkriegsjahrzehnten darauf abzielte, die konträren Leitbilder bzw. Prinzipien des „ökonomischen Liberalismus“ und der „gesellschaftlichen Protektion“ (vgl. Karl Polanyi 1978) zu einer höchst produktiven Synthese zusammenzuführen. Robert Gilpin (1987: 355) hat dieser Sachverhalt dazu veranlasst, die Entwicklungskonstellation nach dem Zweiten Weltkrieg über die Komplementarität zweier zentraler wirtschaftspolitischer Gestaltungskonzepte zu bestimmen: „Keynes at home and Smith abroad“. Und Kees van der Pijl (1984) sprach mit Blick auf die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und politischen Strategien von einem Konzept des „corporate liberalism“, d.h. einer Art Synthese oder Kompromissstruktur der widerstreitenden – staatsmonopolistischen und liberal-internationalistischen – Orientierungen des Industrie- und Finanzkapitals. Im Prozess der europäischen Integration schlug sich dies insofern nieder, als die meisten Politikfelder – die Kohle- und Stahlpolitik, die Agrarpolitik, der Dienstleistungssektor, vor allem aber die Kapital- und Kreditmärkte – hochgradig reguliert blieben. Gleichzeitig entstand mit der Zollunion jedoch ebenso ein gemeinsamer Markt, der das Wirtschaftswachstum und die Produktivitätsentwicklung zusätzlich stimulierte. Die alte europäische Ökonomie war demzufolge durch eine begrenzte Öffnung der nationalen Wirtschaftsräume geprägt, durch die die nationalen fordistischen Entwicklungspfade und Wohlfahrtsstaaten nicht geschwächt, sondern – indirekt, d.h. durch die erzielten Wachstumseffekte, aber ohne supranationale sozialpolitische Vorgaben – zusätzlich abgesichert und stabilisiert wurden (Ziltener 1999:123f).

(2) In der Krisen- und Stagnationsperiode der 70er und frühen 80er Jahre wurde diese Funktionsbestimmung zunächst brüchig, um dann im Kontext globaler Umbrüche der internationalen Währungs- und Finanzmarktbeziehungen sowie des neuen Integrationsschubs grundlegend neu definiert zu werden. Entsprechend unterscheidet sich die neue europäische Ökonomie von der zuvor skizzierten alten Konstellation in wichtigen Aspekten: Zum einen fügt sie sich in das globale „Dollar Wall Street Regime“ ein, d.h. in eine globale Währungs- und Finanzarchitektur, in der die Akteure der Wall Street und die US-Administration (Finanz- und Handelsministerium in Kooperation mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank ihre globalen Liberalisierungs- und Privatisierungsstrategien voran treiben (vgl. Bhagwati 1998; Gowan 1999). Zum anderen steht der Begriff der neuen europäischen Ökonomie zugleich für den Übergang von der Marktliberalisierung zur Marktintegration, d.h. von der Öffnung zur schrittweisen regulativen Angleichung und Verzahnung der nationalen Wirtschaftsräume. Dies wird unter anderem daran erkennbar, dass sich der Integrationsprozess inzwischen auf immer mehr Politikbereiche erstreckt: auf die Liberalisierung und Integration

der Kapital- und Kreditmärkte, auf die Förderung grenzüberschreitender Direktinvestitionen, auf die Öffnung des Dienstleistungssektors, vor allem auf die (Teil-)Privatisierung und markt-konforme Reorganisation öffentlicher Dienstleistungen, auf die Beseitigung nicht-tarifärer Handelshemmnisse, auf die Vergemeinschaftung der Geldpolitik und auf die restriktive Definition der Finanzpolitik sowie die Abschaffung des Wechselkursmechanismus. Für die nationalen wohlfahrtstaatlichen Systeme ist dieser Prozess der intensivierten Markt- und Währungsintegration äußerst folgenreich. Denn durch das restriktive makroökonomische Regime der WWU werden die wirtschafts- und finanzpolitischen Spielräume deutlich beschnitten, während der verschärfte grenzüberschreitende Wettbewerb eine Dynamik der kompetitiven Deregulierung – insbesondere im Bereich der Arbeitsmärkte, Sozialsysteme und öffentlichen Dienstleistungen – begünstigt. Mit anderen Worten: Die veränderte Funktionsweise der europäischen Integration (Bieling/Deppe 2003) zielt kaum mehr darauf, die nationalen wohlfahrtsstaatlichen Entwicklungsmodelle zu stabilisieren und zu konservieren, sondern eher darauf, deren markt- und wettbewerbsorientierte Reorganisation zu fördern und voranzutreiben.

Die Entwicklung der neuen europäischen Ökonomie stützte sich dabei auf eine Reihe zentraler interparationspolitischer Projekte. Ohne auf die Interessen, Motive und Verhandlungen im einzelnen eingehen zu können (vgl. hierzu Bieling/Steinhilber 2000; 2002; Bieling 2003), seien an dieser Stelle nur die wichtigsten Etappen aufgeführt:

- Das 1979 gegründete Europäische Währungssystem (EWS) verfolgte vor allem das Ziel, die Wechselkursschwankungen aufzufangen, um die hiervon ausgehenden negativen Konsequenzen für den innereuropäischen Handel entgegen zu wirken. Aufgrund des asymmetrischen Charakters des EWS – und der Dominanz der Bundesbank – förderte es zugleich einen Prozess, in dem sich die übrigen Länder der „deutschen Stabilitätskultur“, d.h. einer restriktiven Geld- und Finanzpolitik in Kombination mit einer angebotspolitischen Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik annäherten.
- Das 1985 lancierte Binnenmarkt-Projekt sollte nicht nur den innereuropäischen Wettbewerb intensivieren, sondern – im Rahmen der Triade-Konkurrenz – zugleich auch „economies of scale“ und damit einhergehende Produktivitätssteigerungen stimulieren, um zusätzliche Investitionen, ein stärkeres Wirtschaftswachstum, eine gebremste Inflation und zusätzliche Beschäftigungseffekte zu erzielen. Gleichzeitig sorgten die hierzu ergriffenen Schritte – die Abschaffung aller nicht-tarifären Handelshemmnisse, die Einführung qualitativer Mehrheitsentscheidungen und die umfassende Anwendung des Prinzips der wech-

selseitigen Anerkennung nationaler Regulierungsstandards – aber auch dafür, dass insbesondere das Niveau und der Umfang der nationalen arbeits- und sozialpolitischen Regulierung unter einen starken Modernisierungs- und Anpassungsdruck gerieten.

- Ab Ende der 1980er Jahre führten eine ganze Reihe sehr spezifischer währungs-, wirtschafts-, wettbewerbs- und machtpolitischer Erwägungen dazu, das Projekt der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) auf die europäische Agenda zu setzen. oder auch ein größeres Gewicht der EU in der globalen Währungskonkurrenz. Ihre Konsequenzen sind vor allem insofern weitreichend, als sich ihr Design – der autonome Status der Europäischen Zentralbank, die Konvergenzkriterien und der Stabilitätspakt – stark am Vorbild der deutschen Bundesbank und dem Primat geldpolitischer Stabilität orientieren. In Ermangelung eines differenzierten wirtschafts-, konjunktur- und beschäftigungspolitischen Instrumentariums – d.h. zusätzlicher finanzieller Ressourcen unter Einschluss erweiterter wirtschaftspolitischer Kompetenzen – geraten die nationalen Arbeits- und Tarifbeziehungen nach dem Wegfall der Wechselkurse unter einen strukturellen Anpassungsdruck.
- Seit Ende der 90er Jahre soll die Finanzmarktintegration zusätzliche Impulse liefern, die europäische Ökonomie zu modernisieren. Mit Hilfe von EU-weit verbesserten Bedingungen der Kapitalbeschaffung sollen die Unternehmen in die Lage versetzt werden, ihr Eigenkapital zu erhöhen und ihre Investitions- und Anlagemöglichkeiten zu erweitern, um die Innovationsdynamik, das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigung anzukurbeln. Die WWU hat bereits einen einheitlichen geld- und finanzpolitischen Handlungsrahmen definiert, fungiert somit gleichsam als Katalysator der Finanzmarktintegration. Nicht zu unterschätzen sind aber auch die Ausweitung und Beschleunigung der regulative Rechtsetzung in der EU wie sie durch den Aktionsplan für Finanzdienstleistungen sowie durch die Einrichtung von zwei neuen Ausschüssen – einen EU-Wertpapierausschuss und einen Ausschuss der EU-Wertpapierregulierungsbehörden – gemäß der Vorschläge der Lamfalussy-Expertengruppe vorangetrieben wurde.

Table 1: European projects of political and legal reorganisation and socio-economic restructuring

| | EMS | SEM | EMU | Financial Market Integration |
|-------------------------------------|---|---|---|--|
| Structural change and public | collapse of the Bretton Woods system; world economic crisis; uncertainties of | Sluggish economic growth, rising unemployment; relative weakness of European econo- | foreseeable instability of the EMS, dictate of financial markets and the German Bundes- | Deferred ‘take off’ into a finance-led information economy; technological innovation gap |

| | | | | |
|---|--|--|---|--|
| perception of problems | exchange-rate fluctuation | mies vis-à-vis North America (US) and Southeast Asia (Japan) | bank; political control of Germany after unification | in comparison to the US |
| concrete initiatives and policy measures | an arrangement of fixed, but adjustable currency exchange rates (ERM); a common currency based (ECU) | abolishment of non-tariff trade barriers by a qualified majority decision making procedure; some basic minimum regulation; mutual recognition of national regulatory standards | three-step implementation process; constitutionalised autonomy of the European Central Bank (ECB); convergence criteria and stability pact | Action plan on financial services; Lisbon strategy; a new mode of regulation in the area of security markets by two new expert committees as suggested by the Lamfalussy group |
| political interest and/or rationality | stabilisation of exchange rates and price levels, improved international trade conditions | Intensified economic but also regulatory competition; pressures for deregulation; economies of scale; productivity increases, economic growth as an effect of trickle down additional employment | completion of the SEM; lower transaction costs for TNCs; common control of tight monetary policy; legitimization of sound budget policies; a better stance in global currency competition | Accelerated change due to more dynamic financial markets; intensified international competition mediated by big banks and institutional investors; stimulus for a capital market based reform of pay-as-you-go social security systems |

Source: Own composition

Über die aufgeführten Schritte und Initiativen ist der Integrationsprozess nicht nur ökonomisch vertieft und erweitert, sondern der europäische Wirtschaftsraum zugleich konstitutionalisiert, d.h. vertraglich und institutionell abgesichert worden. Es hat sich mithin ein spezifischer Modus euro-kapitalistischer Reproduktion herausgebildet (vgl. Bieling/Deppe 2003):

- Hierfür spricht *erstens*, dass über die ökonomischen Kernprojekte – einschließlich der unzähligen Verordnungen, Richtlinien und Entscheidungen – wichtige Dimensionen der kapitalistischen Akkumulation, insbesondere die Waren-, Kapital- und Kreditverhältnisse europäisch angeglichen und integriert wurden: So handelt es sich bei über 60 Prozent des Außenhandels um intra-EG-Handel; in vielen Sektoren haben sich transnationale europäische Zuliefer-, Produktions- und Vertriebsstrukturen herausgebildet; durch grenzüberschreitende Fusionen, Übernahmen und Joint Ventures sind europäische Unternehmensstrukturen entstanden; das Geldverhältnis ist durch die WWU nahezu vollständig vergemeinschaftet worden; und im Zuge der Finanzmarktintegrati-

on ist inzwischen auch die Kreditaufnahme – seitens der Regierungen und transnationalen Konzerne – nicht mehr auf den nationalen Markt begrenzt.

- Über diese Konturen eines transnationalen europäischen Akkumulationsregimes hinaus hat sich *zweitens* zugleich auch eine europäische Regulationsweise herausgebildet. Diese ist im Vergleich zur nationalstaatlichen Regulation zwar fragmentierter und prekärer, zugleich jedoch durch eine spezifische Kompetenzverteilung und zunehmend dichtere Interaktionsmuster gekennzeichnet: Einige Bereiche, vor allem die Markt- und Währungsintegration, werden dabei durch Elemente einer europäischen Staatlichkeit, d.h. durch inzwischen sehr weitreichende politische Entscheidungskompetenzen von supranationalen Institutionen wie der Europäische Kommission, des EuGH, des EU Parlaments und der EZB abgesichert. Andere Bereiche, über die die Markt- und Währungsintegration flankiert wird – z.B. die Agrar-, Regional-, Forschungs-, Arbeits- oder Umweltpolitik – sind zumindest partiell vergemeinschaftet worden; und wieder andere Bereiche, in denen die supranationalen Kompetenzen nicht vorhanden oder nur sehr schwach ausgeprägt sind, so z.B. in der Steuer-, Tarif-, Beschäftigungs-, Sozial-, Bildungs- oder Infrastrukturpolitik, werden im Rahmen eines transgouvernementalen Koordinationsverfahrens zunehmend abgestimmt und auf die Erfordernisse der integrierten Ökonomie hin zugeschnitten.
- *Drittens* schließlich sind auch Keimformen einer transnationalen europäischen Zivilgesellschaft erkennbar, die als ein institutionell und diskursiv vermachtetes Terrain der gesellschaftlichen Konsensgenerierung den Integrationsprozess einerseits legitimato- risch abstützt, andererseits zugleich aber auch immer wieder spezifische Impulse für weitergehende Integrationsschritte gibt (vgl. Demirovic 2000; Bieling 2001a). Die europäische Zivilgesellschaft umschließt dabei eine Vielzahl sehr heterogener Akteure bzw. Akteursgruppen. Konstitutiv sind für sie nicht nur die Prozesse einer grenzüberschreitenden massenmedialen Kommunikation oder die Aktivitäten von Wissenschaftlern, Think Tanks und Expertengemeinschaften, sondern auch die Strategien und Initiativen von transnationalen politischen Organisationen im engeren Sinne wie z.B. Parteien, Verbänden, Gewerkschaften, NGOs oder sozialen Bewegungen. Eine Schlüsselrolle übernehmen letztlich jedoch vor allem die transnationalen Konzerne und ihre Verbände, die als „strategische Planungskörper“ offenkundig über einen privilegierten Zugang zu den europäischen Entscheidungsträgern – Europäische Kommission, Ministerrat und EU Parlament – verfügen.

Die aufgeführten Dimensionen verdeutlichen, dass der Integrationsschub der letzten beiden Jahrzehnte äußerst dynamisch verlaufen ist. Ungeachtet aller Krisenprozesse ist nicht nur das Verhältnis von Ökonomie, Politik und Gesellschaft neu definiert worden, sondern zugleich ein spezifisch europäischer Entwicklungspfad entstanden; und zwar ein Entwicklungspfad, der vor allem durch drei Merkmale geprägt ist:

- durch eine zunehmend stärker integrierte europäische Ökonomie;
- durch ein transnationales finanz-getriebenes Akkumulationsregime;
- und durch eine zunehmend engere Koordination der nationalen Reformprozesse (vor allem im Bereich der Arbeitsmärkte und Sozialsysteme; und hier vor allem der Alterssicherung, möglicherweise auch der Gesundheitssysteme)

Die Merkmale und Dimensionen der intensivierten ökonomischen Integration – in den Bereichen Handel, Dienstleistungen, Produktionsstrukturen etc. – sind bereits skizziert worden. Inwiefern sich hierüber ein transnationales finanzgetriebenes Akkumulationsregime herausgebildet hat, ist vermutlich noch nicht hinreichend geklärt. Einige Indikatoren mögen diese Entwicklung daher veranschaulichen:

- Im Verlauf der 90er Jahre, vor allem in der zweiten Hälfte der Dekade, hat sich die *Marktkapitalisierung* der an der Börse notierten Unternehmen (in % des BIP) enorm erhöht. Im Euro-Raum hat sie sich nahezu vervierfacht und stieg von 25% (1990) auf 89% (2000). Noch größer ist sie in den übrigen EU-Staaten (Großbritannien, Dänemark und Schweden), in denen sie insgesamt von 65% (1990) auf 161% (2000) anwuchs und damit noch über der Marktkapitalisierung in den USA liegt: 54% (1990) und 152% (2000) (vgl. ECB 2001: 10). Stimuliert wurde diese Entwicklung zum Teil durch die Eigendynamik der Aktienmärkte und die hiermit verbundenen Erwartungshaltungen, zum Teil durch Börsengänge von Unternehmen aus dem Technologie-, Medien und Telekommunikationssektor, nicht unwesentlich aber auch durch die Privatisierung von Staatsunternehmen. Innerhalb der OECD haben sich die Privatisierungserlöse von 1990 (24 Mrd. US\$) bis 1999 (104 Mrd. US\$) kontinuierlich erhöht. Auf die EU entfielen dabei 15 Mrd. US\$ (1990) bzw. 61 Mrd. US\$ (1999). In der ersten Hälfte der 90er Jahre konzentrierte sich die Privatisierung vor allem auf den Produktions-, Banken- und Transportsektor, danach verlagerte sich der Schwerpunkt auf öffentliche Versorgungseinrichtungen und den Telekommunikationsbereich. In Ländern wie Italien, Spanien und Portugal ist die Privatisierung von staatlichen Unternehmen für mehr als die Hälfte der gesamten Marktkapitalisierung verantwortlich (vgl. OECD 2001a).

- Noch dynamischer als die Marktkapitalisierung hat sich – global wie in der EU – der *Akti-enhandel* entwickelt. Aktien werden nicht mehr, wie noch zu Beginn der 80er Jahre, 10 Jahre, sondern im Schnitt nur noch 7 Monate gehalten. Global hat sich damit das Umschlagsvolumen der gehandelten Aktien von 5,8 Bio. US\$ (1990) auf 58,3 Bio. US\$ (2000) verzehnfacht, und in der EU mit einem Anstieg von 1,4 Bio. US\$ (1990) auf 19,1 Bio US\$ (2000) sogar mehr als verdreizehnfacht. Der europäische Marktanteil erhöhte sich damit von 24,1% (1990) auf 32,8% (2000) (vgl. Huffs Schmid 2002: 6f). Ein Teil des Aktienhandels ist durch die *Fusions- und Übernahmestrategien* der transnationalen Konzerne bedingt. In Europa erhöhte sich das Gesamtvolumen der Fusionen und Übernahmen (F&Ü) mit europäischer Beteiligung von 177 Mrd. € (1995) auf 1.607 Mrd. €. (2000). Vor allem der Anteil der inner-europäischen grenzüberschreitenden F&Ü ist zuletzt signifikant von 92 Mrd. € (1998) auf 499 Mrd. € (2000) angestiegen (vgl. ECB 2001: 19). Dies impliziert zugleich ein wachsendes Betätigungsfeld von Groß- und Investmentbanken, über die die F&Ü in der Regel abgewickelt werden (vgl. Huffs Schmid 1999: 74ff).
- Der veränderte Stellenwert der Finanzmärkte schlägt sich auch in den *Investitionsstrategien* der Unternehmen des Nicht-Finanzsektors nieder. Während sich das fixe Kapital (in % des BIP) von 1993 (16,8%) bis 2000 (18,5%) nur unwesentlich erhöhte, stiegen im gleichen Zeitraum die Finanzanlagen von 13,0% auf 21,1%. Der *Finanzierungsmodus* von Investitionen hat sich hierdurch erheblich verändert. Noch bis 1995 lag das Volumen der externen Finanzierung bei 7,4% des BIP, bevor es dann auf über 21,1% (2000) hochschnellte. Dies bedeutet: „The rapid build-up of financial assets was mainly financed not from retained profits and household savings [...] but from external resources, be it bank loans, the issuance of bonds or equity.“ (Huffs Schmid 2002: 5)
- Die zunehmende Shareholder Value Orientierung der Unternehmen, d.h. die stärkere Ausrichtung der Managementstrategien auf die Entwicklung der Aktienkurse, verweist zudem auf einen größeren Einfluss der Anteilseigner. Diese Gruppe umschließt nicht nur andere Unternehmen, Großbanken und Kleinaktionäre, sondern auch die *institutionellen Anleger*, d.h. die Versicherungen, Investment- und Pensionsfonds. Die Finanzanlagen, die von institutionellen Anlegern verwaltet werden, wuchsen von 1990 bis 1999 um durchschnittlich 11%. Gemessen am BIP hat sich ihr Finanzvolumen in den meisten Mitgliedstaaten der EU damit in etwa verdoppelt und erreicht in Deutschland inzwischen 76,8%, in Frankreich 125,4% und in Großbritannien 226,7%. (vgl. OECD 2001b: 46). Auffällig ist zudem, dass sich im Euro-Raum der Anteil der Aktienwerte im Gesamtportfolio der institutionel-

len Investoren von 15% (1995) auf 40% (2000) erhöht hat, während er in den übrigen EU-Staaten schon seit längerem bei über 70% liegt (vgl. ECB 2001: 29).

- Schließlich wird die dynamische Entwicklung der Wertpapiermärkte noch von einer veränderten operativen Infrastruktur abgestützt, d.h. von einer stärker auf den internationalen Wettbewerb ausgerichteten *Funktionsweise der Börsen*. Noch bis in die 90er Jahre hinein handelte es sich bei den Börsen um relativ gemütliche Clubs, die innerhalb eines geschützten wirtschaftlichen Umfelds operierten. In der zweiten Hälfte des Jahrzehnts hat sich dies mit der wachsenden Bedeutung des grenzüberschreitenden Wertpapierhandels und der De-Mutualisierung, d.h. der Gewinnorientierung der Börsen jedoch gravierend verändert (vgl. Huffschild 2002: 22f). Inzwischen stehen die Börsen sehr viel stärker in Konkurrenz zueinander. In den Mitgliedstaaten der EU haben sich jeweils spezifische Reformkoalitionen aus Börsen, Marktteilnehmern, Regulierungs- und Aufsichtsbehörden, politischen Parteien und Regierungen gebildet, um die rivalisierenden Finanzplätze zu modernisieren (vgl. Moran 2002: 267f). Die intensivierete Konkurrenz fördert dabei zwar grundsätzlich das Interesse an einer europäischen Regulierung (level playing field), zugleich treten im Kampf um Marktanteile die regulativen Sonderinteressen jedoch deutlicher hervor.

Einige dieser Trends sind durch das Zerplatzen der Aktienblase zuletzt gestoppt bzw. umgekehrt worden, ohne dass dies jedoch den Übergang zu einer finanzgetriebenen europäischen Ökonomie bislang ernsthaft in Frage gestellt hätte. Im Gegenteil, was die Prozesse der institutionellen und regulativen Angleichung anbetrifft, so nehmen die beteiligten Akteure – die Europäische Kommission, die diversen Ausschüsse, die Verbände des Finanzsektors – die Krise oftmals zum Anlass, die Integration des Finanzsektors mit erhöhten Anstrengungen voranzutreiben. Dies reflektiert sich auch in den Diskursen, die bestrebt sind, den Prozess der Finanzmarktintegration öffentlich zu legitimieren. Schaut man sich die Stellungnahmen und Zielsetzungen einflussreicher Akteurs-Netzwerke an, so wird nach wie vor hervorbehalten, dass die Finanzmarktintegration in einer engen Beziehung zum EG-Binnenmarkt und zur WWU steht. Sie repräsentiert in diesem Sinne einen unabwendbaren nächsten Schritt, durch den die vorherigen Projekte – der EG-Binnenmarkt und die WWU – vollendet und gestärkt werden und zudem zusätzliche Investitionen und mehr Beschäftigung geschaffen werden (vgl. Bolkestein 2001).

Beide Aspekte – zusätzliche Investitionen und Beschäftigung sowie die Stärkung des Euro – fügen sich dabei offenkundig in den weiter ausgreifenden Diskurs über eine verbesserte euro-

päische Wettbewerbsfähigkeit. In vielen Diskussionsforen wird die enge Verbindung „between changes in capital markets and competitiveness“ (CAG 1998: 1) explizit hervor gehoben. Letztlich bleibt diese Verbindung jedoch ambivalent:

- Auf der einen Seite erscheint die beschleunigte Finanzmarktintegration als eine „Win-Win“-Strategie, von der letztlich alle profitieren sollen. Sie ist für die Revitalisierung der europäischen Ökonomie unverzichtbar, so zumindest der ERT (2002: 7): „An integrated pan-European capital market would drive down the cost of capital, increase financing options, lower the cost of doing business (dramatically in the case of securities), increase the yields on investment and pension funds for all citizens, and release more venture capital.“ Die Finanzmarktintegration ist jedoch nicht nur erforderlich, um zusätzliche Ressource für technologische Innovationen zu mobilisieren, sie wird ganz allgemein auch als ein Instrument dargestellt, mit Hilfe dessen die Investitionen stimuliert, neue Arbeitsplätze geschaffen und die Möglichkeiten eröffnet werden, die „demographischen Zeitbombe“ zu bewältigen.
- Auf der anderen Seite ist aber auch klar, dass die finanzmarktbasierete Wettbewerbsfähigkeit eine Reihe von arbeits- und sozialpolitischen Anpassungsprozessen mit sich bringt. Der für den Binnenmarkt verantwortliche EU-Kommissar, Frits Bolkestein (2001), bringt dies auf den Punkt, wenn er sagt: „No-one is forcing the European Union to become more competitive than the United States in nine years time. But if that is what we really want, we must leave the comfortable surroundings of the Rhineland and move closer to the tougher conditions and colder climate of the Anglo-Saxon form of capitalism, where the rewards are greater but the risks also. If we spurn the means we must lower our sights lest we lose credibility and become ridiculous. So we must force ourselves to carry out those micro-economic supply side structural adjustments we decided upon in Lisbon.“

2. Reform der sozialen Sicherungssysteme

Mit der Lissabon-Strategie aus dem Jahr 2000 wird vor allem die sehr ambitionierte Zielsetzung verbunden, die EU bis zum Jahr 2010 zum dynamischsten und wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Wichtiger als diese Proklamation ist jedoch, dass die Lissabon Strategie sehr deutlich macht, wie die Funktionsweise der neuen europäischen Ökonomie – d.h. die Funktionsweise der WWU und der Finanzmärkte – über die „offene Methode der Koordinierung“ (OMK) auf die Reformprozesse in Politikfeldern einwirkt – unter ande-

rem auf die Altersversorgung, die Gesundheitspolitik, die Politik der sozialen Inklusion –, in denen die Europäische Union nur über geringe supranationale Kompetenzen verfügt.

- Auf der einen Seite stützt sich die Lissabon Strategie auf die weitere Vertiefung des Binnenmarktes, die WWU und die Finanzmarktintegration. Letztere bildet gleichsam das Rückgrat der Lissabon Strategie. Um noch einmal Bolkestein (2002) zu bemühen: ‘Financial integration is a building-block of our single market. It is at the heart of the EU’s strategy to give the Union the most dynamic, competitive and inclusive knowledge-based economy in the world by 2010.’
- Auf der anderen Seite stützt sich die Lisabon Strategie aber auch auf die „offene Methode der Koordinierung“. Die OMK lässt sich als der Versuch begreifen, den beschäftigungspolitischen Koordinationsansatz zu verallgemeinern und auf andere Politikfelder anzuwenden: auf die Infrastruktur-, Forschungs-, Bildungs- und auch auf Bereiche der Sozialpolitik. Auf den Gipfeln in Nizza, Stockholm oder Göteborg einigten sich die Regierungschefs darauf, den Koordinierungsansatz sukzessive auszudehnen. Obwohl die Koordination in jedem Bereich anders geregelt ist, stützt sie sich auf die gleichen Prinzipien. Grundsätzlich kommt es darauf an, dass innerhalb eines Rahmens gemeinsamer Leitlinien und Benchmarks für die nationale Reformpolitik ein Gruppendruck (peer group pressure) entsteht, um letztlich die Reformdynamik in eine Richtung zu lenken, die die neue europäische Ökonomie stabilisiert.

Dies lässt sich auch so formulieren, dass die europäische Ökonomie sehr stark durch die WWU und die Geldpolitik sowie durch die Marktintegration bestimmt wird, und die anderen Politikfelder dann hierauf zugeschnitten werden (vgl. Bieling/Deppe 2003). Zuletzt fördert die Finanzmarktintegration – vermittelt über den wachsenden Einfluss von institutionellen Investoren – d.h. der Versicherungen sowie Investment- und Pensionsfonds – die Marktkapitalisierung börsennotierter Unternehmen, grenzüberschreitende – Fusionen und Übernahmen, einen europäischen Markt für Unternehmenskontrolle sowie eine an Shareholder-Interessen orientierte Reorganisation der Corporate Governance Strukturen wie auch der sozialen Sicherungssysteme (vor allem im Bereich von Alter und Gesundheit). In einigen Bereichen ist das europäische Recht dabei unmittelbar geltend (durch Verordnungen, Entscheidungen oder Richtlinien), in anderen wirkt es eher indirekt, indem über die Vertiefung der Marktintegration der strukturelle Anpassungs- und Modernisierungsdruck erhöht wird oder aber die nationalen Regierungen ihre Reformprozesse koordinieren. Grundsätzlich lassen sich in diesem Sinne folgende Dimensionen unterscheiden:

Table 2: Economic and monetary integration and mechanisms of modernisation

| | European Regulation | Regime Competition | Co-ordination |
|-------------------------------------|---|--|--|
| Single Market | <ul style="list-style-type: none"> • Single European Act • White Paper (1985) (279 measures) | <ul style="list-style-type: none"> • Collective bargaining, Social Policy, education and training etc. • Public Sector Reform (prohibition of government aid, liberalisation of public infrastructure) | <ul style="list-style-type: none"> • Monetary policy (EMS) • Fiscal Policy (Ruding-Komitee) |
| EMU | <ul style="list-style-type: none"> • EU-Treaty (Maastricht, Amsterdam) | <ul style="list-style-type: none"> • Collective bargaining | <ul style="list-style-type: none"> • Broad economic policy guidelines, new policy mix • Financial policy (stability pact) • Employment policy (Amsterdam), Social policy, public infrastructure, education and training etc. (Lissabon-Strategie) |
| Financial Market integration | <ul style="list-style-type: none"> • New procedure of accelerated decision making; • FSAP (42 measures) | <ul style="list-style-type: none"> • Corporate Governance (in the broadest sense) | <ul style="list-style-type: none"> • Action plans on eEurope and risk capital • ESOPs, occupational pensions (consultation) |

- Die erste Dimension bezieht sich auf die – relativ unmittelbare – regulative Angleichung im Zuge der Kernprojekte, d.h. die vertraglichen und sonstigen rechtlichen Vorgaben (Verordnungen und Richtlinien) zur Errichtung eines integrierten Wirtschaftsraumes. Zumeist handelt es sich hierbei um Maßnahmen der „negative Integration“, d.h. um Formen der Rechtsangleichung zur Ausweitung eines marktvermittelten Wettbewerbs. Der integrierte europäische Wirtschaftsraum stützt sich demzufolge in erster Linie auf gemeinsame Warenverhältnisse, darüber hinaus aber auch – vermittelt über die Finanzmarktintegration – auf kompatible Kapital- und Kreditverhältnisse. Durch die Vergemeinschaftung des Geldverhältnisses – d.h. den einheitlichen monetären Rahmen der WWU – ist diese Entwicklung zuletzt nochmals bestärkt worden.
- Die zweite Dimension der Regime-Konkurrenz betrifft dann all jene Aspekte, die regula-

tiv bislang nicht angeglichen wurden, d.h. vor allem die redistributiven Komponenten der makro-ökonomischen Reproduktion – die Infrastruktur-, die Arbeitsmarkt- und Sozial- und auch die Tarifpolitik –, die noch immer primär durch die nationalen Systeme bestimmt sind. Diese zweite Dimension ist einerseits durch die Grenzen der „positiven Integration“ bestimmt, d.h. durch die Schwierigkeiten, die national jeweils sehr spezifisch organisierten Systeme der arbeits- und sozialpolitischen Reproduktion zu vergemeinschaften. Andererseits schlägt sich in der Regime-Konkurrenz damit zugleich auch die Dynamik nieder, mit der die nationalen Ordnungsstrukturen in den Kampf um Marktanteile und Direktinvestitionen mit einbezogen werden.

- Die dritte Dimension erstreckt sich schließlich auf jene Bereiche (Politikfelder oder Teilaspekte), die mit Blick auf die Funktionserfordernisse der integrierten europäischen Ökonomie politisch koordiniert werden. Im Kontext des EG-Binnenmarktes betraf dies zunächst vor allem die Geldpolitik. Mit der WWU erweiterten sich die Koordinationsanstrengungen dann erheblich: Nach der Beschäftigungspolitik, die in Amsterdam sogar in den Vertrag aufgenommen wurde, haben sich die nationalen Regierungen in Lissabon darauf verständigt, den Koordinationsansatz gemäß der „offenen Methode der Koordination“ auch auf andere Politikfelder auszuweiten. Hierbei geht es einerseits darum, gestützt auf einen best practice Vergleich die Modernisierung der europäischen Ökonomie zu koordinieren, andererseits – in Verbindung mit der Finanzpolitik – durch Kosteneinsparungen zugleich aber auch die WWU zu stabilisieren. Im Zuge der Finanzmarktintegration ist die Koordination noch sehr informell. Sie betrifft dabei Bereiche wie die Förderung von Informationstechnologien (eEurope) und von Risikokapital sowie die materielle Teilhabe der Beschäftigten am Produktivkapital (ESOPs und Formen der betrieblichen Alterssicherung).

Schaut man sich die Politikfelder an, in denen sich die politische Modernisierung vor allem auf die zweite und dritte Dimension, d.h. den Regime-Wettbewerb und die Formen einer „weichen“ Koordinierung, stützt, so ergibt sich in etwa folgendes Bild.

Table 3: The European context of socio-economic governance

| | EU regulation | ‘regime competition’ | co-ordination |
|------------------------------|----------------------|-----------------------------|-------------------------------------|
| Collective bargaining | no regulation | strong | self-organised by some trade unions |

| | | | |
|---|--|-----------------------------|---|
| Corporate Governance | some regulations (more recently: European Action Plan) | strong | self-organised by financial investors |
| Fiscal policy (taxes) | few regulations | strong | weak and partial |
| Financial policy (public expenditures) | strong regulation (stability and growth pact) | modest competition (so far) | between the Commission and national ministries of finance |
| Employment/labour market policy | few regulations | Strong | between the Commission and national ministries of labour |
| Reform of social security systems | no regulation | Strong | 'open method of coordination' |

Zuletzt scheinen sich die Koordinierungsanstrengungen nochmals verstärkt auf die Reform der sozialen Sicherungssysteme zu richten. Dies gilt insbesondere für die Renten- und Gesundheitssysteme (vgl. Beckmann 2002; Urban 2003). Die Ursachen für diese Entwicklung sind zweifelsohne mehrschichtig:

- Erstens wächst für die nationalen Regierungen unter den Bedingungen der WWU und des Stabilitäts- und Wachstumspaktes der Druck, auch die Sozialhaushalte zu konsolidieren, d.h. die anfallenden Kosten und Ausgaben zu minimieren.
- Zweitens besteht insofern ein „objektiver Reformdruck“, als unter den Bedingungen einer anhaltenden wirtschaftlichen Wachstumsschwäche und der kurzfristig nicht beeinflussbaren demographischen Entwicklung die bestehenden Sozialsysteme vor allem von der Einnahmenseite her unterminiert werden.
- Drittens schließlich drängen institutionelle Anleger (Versicherungen, Pensionsfonds) darauf, der finanziellen Überlastung der sozialen Systeme durch eine Privatisierung der Sicherungsleistungen entgegen zu wirken. Letzteres hat dabei übrigens den willkommenen Nebeneffekt, dass über zusätzlich Finanzanlagen die Kapitalmärkte gefördert werden.

3. Politische Optionen

Die bisherigen Ausführungen lassen sich dahingehend zusammen fassen, dass sich vermittelt über die ökonomischen Kernprojekte der europäischen Integration – das EWS, den EG-Binnenmarkt, die WWU und zuletzt die Finanzmarktintegration – eine neue europäische Ö-

ökonomie herausbildet, die ihrerseits eine wettbewerbsorientierte Transformation des europäischen Entwicklungs- und Modernisierungsregimes impliziert. Die Auswirkungen dieser Transformation erstrecken sich letztlich auch auf die Organisation – die Finanzierung, das Niveau und die Reichweite – der sozialen Sicherungssysteme. Vermittelt und angetrieben wird die Reformdynamik dabei:

- einerseits durch einen – vielfach diffusen – Regime-Wettbewerb und die hierdurch gestützte Maxime, die Wettbewerbsfähigkeit mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verbessern;
- andererseits durch einzelne Richtlinien sowie den Koordinierungsansatz, der mit dazu beiträgt, das über Leitlinien, Benchmarks, Best Practices, nationale Aktionspläne und einen gewissen Peer Group Pressure der Reformdruck in Richtung mehr Markt und Wettbewerb kanalisiert wird.

Bei diesen Tendenzen handelt es sich zweifelsohne um die bestimmenden Momente im Reform- und Transformationsprozess. Gleichzeitig lassen diese Dimensionen jedoch auch erkennen, dass die Reform der sozialen Systeme nicht nur auf der nationalen Ebene, sondern auch im europäischen Kontext stets politisch gestaltet werden. Von daher stellt sich letztlich natürlich auch die Frage nach den politischen Alternativen im europäischen Reform- und Modernisierungsprozess.

- Eine erste Option besteht grundsätzlich darin, über eine sehr umfassende Vergemeinschaftung (d.h. Harmonisierung) der Arbeits- und Sozialpolitik einen europäischen Wohlfahrtsstaat zu errichten. Hierbei handelt es sich freilich um eine Option, die – angesichts der vielfältigen Widerstände – nicht nur unrealistisch, sondern auch nicht unbedingt wünschenswert ist. Problematisch wäre dabei unter anderem die weitreichende Zentralisierung von politischen Kompetenzen, die Schwierigkeiten einer demokratischen Kontrolle. Außerdem ist eine solche Option ungeachtet ihres auf den ersten Blick sehr ambitionierten Anspruchs, letztlich sehr begrenzt. Dies gilt zumindest dann, wenn sich die Anstrengungen allein auf sozialpolitische Korrekturen konzentrieren, ohne jedoch die Funktionsweise der neuen europäischen Ökonomie in Frage zu stellen.
- Diese Begrenzung gilt im Prinzip auch für die zweite Option, die darauf setzt, in der immer weiter ausgreifenden Koordinierung der arbeits- und sozialpolitischen Reformprozesse gegen die Dominanz von Wettbewerbsimperativen soziale Kriterien verankern zu wollen. Hier zeigt sich sehr schnell, dass es sich bei den sozialen Aspekten oft

nur um kosmetische Floskeln ohne Wirkungskraft handelt, deren primärer Zweck darin besteht, die gesellschaftliche Akzeptanz der Reformvorhaben zu verbessern.

- Die dritte Option ist im Unterschied zu den beiden erstgenannten Schwerpunkten hingegen sehr viel weitreichender. Sie beschränkt sich nicht auf im engeren Sinne sozialpolitische Zielsetzungen, sondern richtet den Blick zugleich auf die Funktionsweise der neuen europäischen Ökonomie. Denn wenn es stimmt, dass der wettbewerbszentrierte Reform- und Modernisierungsdruck vor allem durch die neue europäische Ökonomie kontinuierlich erhöht und der gesellschaftlichen Kontrolle entzogen wird, so ist es nur konsequent, die Funktionsweise – genauer: die gesellschaftliche Einbettung und demokratische Kontrolle – der neuen europäischen Ökonomie selbst zum Gegenstand alternativer arbeits- und sozialpolitischer Reformkonzeptionen zu machen.

Angesichts der gegebenen Machtverhältnisse und der Dominanz marktliberaler Diskurse, ist es freilich alles andere als leicht, die zuletzt aufgeführte Option in die öffentliche Auseinandersetzung einzubringen. Als ein vermeintlich „unrealistisches“ Unterfangen spielt sie in der Tagespolitik überhaupt keine Rolle. Kritische und sozial orientierte Kräfte sollten dennoch überlegen, wie sie in Form konkreter Initiativen perspektivisch wieder auf die Agenda gesetzt werden kann. Gute Gründe hierfür lassen sich viele finden: erstens z.B. die Begrenztheit und technokratische bzw. marktgetriebene Selektivität der beiden anderen Optionen; zweitens die Gefahr, dass – ungeachtet der offiziellen Inklusionsrhetorik – die Prozesse der sozialen Ausgrenzung die Legitimationskrise der Europäischen Union weiter zuspitzen; oder drittens die Folgeprobleme, die sich hieraus möglicherweise auch für die Funktionsweise der nationalen Systeme der repräsentativen Demokratie ergeben. Die Liste ließe sich leicht verlängern. Letztlich kommt es jedoch nicht nur darauf an, gute Gründe für eine stärkere demokratische Kontrolle ökonomischer Prozesse anzuführen, sondern auch konkrete Konzepte zu entwickeln, um diesem Ziel näher zu kommen. Ein erster Schritt könnte dabei darin bestehen zu definieren, wie in der Europäischen Union die Kernelemente einer neuen „mixed economy“ – die öffentliche Infrastruktur, die allgemeine Versorgung mit grundlegenden Dienstleistungen, steuerpolitische Regeln und Grundsätze, eine ausreichende materielle Mindestversorgung etc. – beschaffen sein müssen, um dem Privatisierungsdruck entgegen zu wirken, soziale Kriterien auch in der privaten Ökonomie zu verankern und die arbeits- und sozialpolitischen Handlungsspielräume insgesamt wieder zu erweitern. Um die Ländern mit einer weniger entwickelten Ökonomie nicht zu überfordern, könnte dabei in Erwägung gezogen werden, die Standards im Sinne unterschiedlicher – auf das Bruttoinlandprodukt und die Produktivität

bezogener – Korridore der arbeits- und sozialpolitischen Absicherung zu bestimmen.

4. Literatur

- Bhagwati, Jagdish (1998): The Capital Myth; in: *Foreign Affairs* 77(3), 7-12.
- Beckmann, Martin (2002): Shareholder-Ökonomie und die Reform der Alterssicherungssysteme in der Europäischen Union. FEG-Studie Nr. 17 (Marburg).
- Bieling, Hans-Jürgen (2001a): Staat, Zivilgesellschaft und New Governance in der Europäischen Union; in: *Kurswechsel* 16(3), 26-35.
- Bieling, Hans-Jürgen (2001b): Vom EG-Binnenmarkt zur neuen europäischen Ökonomie. Arbeits- und sozialpolitische Arrangements im Zeichen der Regime-Konkurrenz. In: *Industrielle Beziehungen* 8(3), 279-305
- Bieling, Hans-Jürgen (2003): Social Forces in the Making of the New European Economy: The Case of Financial Market Integration. In: *New Political Economy* 8(2), 203-224.
- Bieling, Hans-Jürgen/Deppe, Frank (Hrsg.) (1997): *Arbeitslosigkeit und Wohlfahrtsstaat in Westeuropa. Neun Länder im Vergleich* (Opladen).
- Bieling, Hans-Jürgen/Deppe, Frank (2003): Die neue europäische Ökonomie und die Transformation von Staatlichkeit. In: *Europäische Integration*, Hg. Markus Jachtenfuchs/Beate Kohler-Koch, Opladen: Leske & Budrich, 513-539.
- Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (2000): Hegemoniale Projekte im Prozeß der europäischen Integration, in: dies. (Hrsg.), *Die Konfiguration Europas – Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie* (Münster), 102-130.
- Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (2002): Finanzmarktintegration und Corporate Governance in der Europäischen Union; in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 9(1), 39-74.
- Bolkenstein, Frits (2001): 'European Competitiveness', Ambrosetti Annual Forum, Cernobbio, 8 September, http://europa.eu.int/comm/internal_market/en/speeches/spch373.htm.
- Bolkenstein, Frits (2002): 'European Economic and Financial Integration: State of Play before Barcelona'. Address to the International Centre for Monetary and Banking Studies, Geneva, 7 March 2002, http://europa.eu.int/comm/internal_market/de/speeches/02-24.htm.
- CAG (1998): *Capital Markets for Competitiveness*. Report to the President of the Commission and the Heads of State and Government for the Cardiff European Council (Brussels).
- Demirovic, Alex (2000): Erweiterter Staat und europäische Integration. Skizzenhafte Überlegungen zur Frage, ob der Begriff der Zivilgesellschaft zur Analyse der Veränderung von Staatlichkeit beitragen kann; in: Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (Hrsg.), *Die Konfiguration Europas – Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie* (Münster), 51-72.
- ECB (2001): *The Euro Equity Markets* (Frankfurt a.M.).
- ERT (2002): *Will European Governments in Barcelona keep their Lisbon Promises? Message from the European Round Table of Industrialists to the Barcelona European Council* (Brussels).
- Esping-Andersen, Gosta (1990): *The Three Worlds of Welfare Capitalism* (Princeton; New Jersey).
- Huffschmid, Jörg (1999): *Politische Ökonomie der Finanzmärkte* (Hamburg).
- Huffschmid, Jörg (2002): *Financial Markets in Europe – Structure, Changes, Actors and Strategies*, <http://www.epoc.uni-bremen.de/publications1.htm>.
- Gilpin, Robert (1987): *The Political Economy of International Relations* (Princeton; New Jersey).
- Gowan, Peter (1999): *The Global Gamble. Washington's Faustian Bid for World Dominance* (London).
- Hodson, Dermot/Maher, Imelda (2001): The Open Method as a New Mode of Governance: The Case of Soft Economic Policy Co-ordination; in: *Journal of Common Market Studies* 39(4), 719-746.
- Moran, Michael (2002): Politics, Banks, and Financial Market Governance in the Euro-Zone; in: Dy-

- son, Kenneth (Hrsg.): European States and the Euro. Europeanization, Variation, and Convergence (Oxford), 257-277.
- OECD (2001a): Financial Market Trends, No. 79, <http://www1.oecd.org/daf/financial-affairs/markets/fmt1.htm>.
- OECD (2001b): Financial Market Trends, No. 80, <http://www1.oecd.org/daf/financial-affairs/markets/fmt1.htm>.
- Polanyi, Karl (1978): The Great Transformation (Frankfurt a.M.).
- Ruggie, John Gerard (1982): International Regimes, Transactions and Change: Embedded Liberalism and the Postwar Economic Order; in: International Organization 36(2): 379-416.
- Statz, Albert (1989): Die Entwicklung der europäischen Integration – ein Problemaufriß; in: Frank Deppe/Jörg Huffschild/Klaus-Peter Weiner (Hrsg.): 1992 – Projekt Europa. Politik und Ökonomie in der Europäischen Gemeinschaft (Köln), 13-38.
- Urban, Hans-Jürgen (2003): Wettbewerbskorporatismus und soziale Politik. Zur Transformation wohlfahrtsstaatlicher Politikfelder am Beispiel der Gesundheitspolitik. Inauguraldissertation (Marburg).
- Van der Pijl, Kees (1984): The Making of an Atlantic Ruling Class (London).
- Ziltener, Patrick (1999): Strukturwandel der europäischen Integration. Die Europäische Union und die Veränderung von Staatlichkeit (Münster).